

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
33 (1919)**

165 (18.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-40805](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-40805)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 2,10 Mark, bei Abholen von der Expedition 1,80 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6,30 Mark, monatlich 2,10 Mark auschl. Postgeld.

Republik

Bei den Inserenten wird die entsprechende Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rührigen-Willhelmshafen und Umgebung, sowie der Stellen mit 40 Pf. berechnet, für unwichtige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamazeile 2 Mark. Platzverpflichtungen unumwandelbar.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Freitag, den 18. Juli 1919

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1068

Landarbeiterstreik in Pommern.

Das Völkerbundproblem.

Durch die Ratifizierung des Friedens seitens der Völker tritt auch die Hoffnung auf den Völkerbund, wie ihn Wilson angelehrt, zu Grobe getragen. Abgesehen davon, daß dieser mit seinen 14 Punkten kein freies Spiel getrieben, mußte er doch seine Zustimmung geben zu einem Verträge, der das Gegenteil von dem ist, was das vertrauensvolle Deutschland teilweise erhoffte. Die Ideologie des deutschen Volkes, an die Wirkhaftigkeit seiner führenden Männer zu glauben, sowie an den Amerikanismus, und seine Hoffnung, es werde so etwas wie Gerechtigkeit von dort zu erwarten sein, war ein Scheitern. Es ist geplant wie eine Seifenblase und es ist nichts geblieben als die Erkenntnis, daß Clemenceau und Lloyd George sich der Wilsonschen Formeln bedienen, um ihre Ziele zu verheimlichen und eine völlige Niederwerfung Deutschlands herbeizuführen.

Jede politische Entwicklung hat ihre Ursache in den ökonomischen Verhältnissen und entspricht geschichtlichen Notwendigkeiten. Es ergibt sich somit ohne weiteres, daß das Schicksal des Wilsonschen Völkerbundes auf den Kapitalismus zu beruhen, ein Verhängnis darstellt, das an seinem inneren Widerspruch in sich selbst zerfallen muß. Die kapitalistische Produktionsform bedingt schrankenlose Ausdehnungsmöglichkeiten, und was sich dem entgegenstellt, entgegensteht, preigt sie diese Fesseln und entlockt sich in Ausbrüchen, wie sie auch der Weltkrieg war. Diese Expansionskraft in gewisse Grenzen einzuzugrenzen, hieße ihr die Lebenskraft nehmen. Und daß der europäische Imperialismus sich freiwillig in diese Fesseln begeben würde, war ein Unding, und das umso mehr zu dem Zeitpunkt, als sich ihm die Aussicht für die Zukunft eröffneten, wie er sie sich nie hätte träumen lassen. Der Versuch Wilsons, eine der Warenproduktion angepaßte Welt zu empfinden, ist schärflich gescheitert und der brutale egoismus der kapitalistischen europäischen Großmächte zeigt sich in sich von der Ausdehnungsfähigkeit seines Programms überzeugt, nach Amerika zurück zu gehen. Dort mag er freilich noch für eine Zeit mit seiner philantropischen Idee die Massen an Gängelband führen.

Der Völkerbund kann eben nur durch die Völker selbst bewirkt werden. Und ein Ausgleich der Gegensätze wird nur herbeigeführt werden können durch deren endgültige Beseitigung. Sozialrecht bedeutet dieses Umwandlung der kapitalistischen Produktionsform in die sozialistische.

Deutschland steht am Beginn des Zeitalters der Umwandlung. In dem Maße, wie die anderen Völker diese Umgestaltung vornehmen, wird sich die Zukunftsentwicklung gestalten. Die Arbeiterdemokratie Deutschlands hat ein großes Interesse an einer östlichen Orientierung. Neben doch nach vorne in nicht ferne Zukunft die stärksten materiellen, politischen, und sozialpolitischen Interessen des deutschen Volkes. Aber eine einseitige Orientierung und infolgedessen auch der Gefahr des Isoliertums, der in unendlichen Höhen aufsteigt, dürfte nichtsozialistischer den Interessen Deutschlands widersprechen. Wir haben alle Ursache, uns von einer einseitigen Auslandspolitik fernzuhalten. Deutschland, und überhaupt die Arbeiterdemokratie Ost- und Zentraluropas, sind auf die wirtschaftliche Hilfe der angrenzenden Staaten angewiesen. Sie müssen verhindern, daß die Hilfe der Staaten zum Wiederaufbau Europas zu fähigem. Gleichzeitig müssen sie ihren Einfluß ausüben auf die Arbeiter der westlichen Staaten und die Hilfe der sozialistischen Parteien dort erstreben, um diesen Aufbau unter den möglichst günstigen Bedingungen zu erzielen. Nur die gemeinschaftliche Aktion der Arbeiter aller Länder kann die Wiederaufbau zwingen, den Wiederaufbau in einer für die Arbeiter günstigen Weise vorzunehmen.

In Italien ist bereits die Einheit eingeleitet, daß es auch dort der intensivsten Arbeit bedarf. Hinzu kommen sich in England und Frankreich noch keine großen Anzeichen hierfür bemerkbar. Neue Länder sind noch darauf eingestellt, erst mal die Westigen arbeiten zu lassen. Erst dann, wenn die goldenen Zeiten, die den Arbeitern dort versprochen sind, nicht eintreten, werden die auch dort zutage tretenden Leiden erst die Kräfte freimachen für Aktionen zur Umgestaltung im Sinne internationaler Verständigung. Ehe der Einfluß unserer Genossen dort drüben nicht stärker wird, als dieses bisher der Fall, ist der von der internationalen Arbeiteraktion erstreute Völkerbund noch in sehr weite Ferne gerückt.

Aber auf dem internationalen Kongreß zu Amsterdam traten auch noch Gegenstände unter den Sozialisten selbst an. Stand doch der Vertreter der australischen Sozialisten zu einer der grundlegenden Fragen, der Aufhebung der die Freizügigkeit einschneidenden Bestimmungen gegenwärtig. In welchem Maße es gelingen wird, die australischen Arbeiter von ihrer Stellungnahme, die sie gegenüber der gelben Gefahr einnehmen, und der sie ja näher liegen als andere Völker, abzubringen, muß die Zeit ergeben. Aber auch für

alle anderen Länder, und besonders Amerika, dürfte diese Frage noch große Bedeutung erlangen.

So wird auf unabsehbare Zeit das Völkerbundproblem noch eine Frage sein ohne feste Linie und es ist nichts falscher, als sich auf die Weltrevolution und Erfüllung der Versöhnung einzulassen, ehe der fundamentale Konflikt der Grundlagen vor sich gegangen ist.

Nichts dürfte notwendiger sein als das, daß die deutsche Arbeiterklasse mit dem Anstich dieser Grundlagen so bald wie möglich beginnt. Nicht durch die Propagierung revolutionärer Ideen allein erreichen wir den Fortschritt, sondern nur durch unsere Arbeit und Tatkraft. Mit der inneren Festigung der demokratischen Arbeiterkraft, der Stabilität der Wirtschaft und der Fortentwicklung zum Sozialismus steht und fällt der Völkerbund. So lange die kapitalistische Klassenherrschaft nicht durch die Arbeiterdemokratie ersetzt ist, ist der Völkerbund noch ein Problem, das seiner Lösung bari, ohne Aussicht auf Verwirklichung.

Pommersche Agrarier gegen Tarifverträge mit Landarbeitern.

Wenn berichtet wird von einem in Stettin und Stralsund ausgebrochenen Generalstreik. Dieser hat seine Ursache in dem provisorisch verhängten Besatzungsstand über ein ganz ruhig ersehntes Land. Die Ursache zur Verhängung des Besatzungsstandes waren übertriebene Forderungen des Landrats von Franzburg. Der stellvertretende Regierungspräsident Geh. Reg.-Rat v. Winkelmann hat in Umgehung, aller Instanzen, und selbst des Oberpräsidiums, das Generalkommando des 2. Armeekorps ersucht, den Besatzungsstand zu verhängen. Die ganze Bevölkerung einschließlich vieler Behörden sieht darin eine einseitige Parteiernahme zugunsten der bis auf die Zähne bewaffneten Landbarren. Der Magistrat der Stadt Stralsund hat gemeinsam mit der organisierten Arbeiterkraft, die in der Generalstreik getreten ist, beraten, die Maßnahmen abzuwenden. Die Arbeiterkraft fordert die Aufhebung des Besatzungsstandes, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Wehrhaftigkeit gezogen werden sollen, die Aufhebung des Besatzungsstandes und die sofortige Zurückziehung aller fremden Militärs. Der Magistrat ist diesem Antrag beigetreten. Telegramme in diesem Sinne sind an alle in Betracht kommenden Behörden abgegangen. Es wird beklagt, daß unzureichlich die geforderten Maßnahmen getroffen werden, da sonst das schlimmste Unvermeidlich ist.

Auch unsere pommerschen Genossen protestieren auf das schärfste gegen die Verhängung des Besatzungsstandes anlässlich des Landarbeiterstreiks. Die Schuld trägt nur der großräumige Einzug hiesiger Besatzer und Landbesitzer in der schamlosesten Weise hinterhältig. Eine Konferenz der Kreisratsabgeordneten, Stadtvorständen und Gemeindevorsteher der S. P. D. sagte in Stralsund folgende Entschlüsse: Die besonderen Verhältnisse Pommerns mit der noch immer dominierenden Junkerherrschaft erfordern auf das dringendste die baldmöglichste Ernennung eines neuen Regierungspräsidenten für unsere Provinz und die Verbelegung aller Landräte, da hier nur tatkräftige Sozialdemokraten in Frage kommen dürften.

In Stralsund ist der Generalstreik ebenfalls ausgebrochen. Fast alle Betriebe sind stillgelegt, bis auf das Wasserwerk.

Aber die Ursachen der Bewegung erfährt der Vormarsch: Die Brennpunkte der ganzen Bewegung liegen in der Provinz Pommern. Überall dort, wo den berufenen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden die Bildung paritätischer Schlichtungsausschüsse nicht gelungen ist, die die Forderung von Tarifverträgen aufzuheben haben zu erliegen hatten, haben Streiks bisher nicht stattgefunden. In der Provinz Pommern ist durch den vom Reichlichen Landbund die Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden hintertrieben worden. Hierdurch ist naturgemäß einer kommunikativen Agitation für einen Landarbeiterstreik der Boden bereitet worden. In den meisten Fällen ist die Grundlage der Forderungen der vom Landbauwirtschaftsministerium aufgestellte Verhandlungen ergibt worden, nur selten waren Takte zur Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern notwendig. Von einer Verdröhung der Ernte durch die Streiks kann nicht die Rede sein.

In Stralsund hat gestern gegen den Generalstreik der Hungerstreik begonnen. Auch in einzelnen Stellen der Provinz Sachsen ist mit dem Streik der 900 Landarbeiter des Kreises Bielefeld durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet worden.

Zum Fall Emonts.

Der kommunalistische Parteiführer Emonts ist noch nicht wieder berufen. Er hält sich scheinbar recht gut verborgen auf, aber doch so, daß er in nächster Nähe seines früheren Wirkungsfeldes in Berlin ist. Laudy er doch neulich plötzlich in einer geschlossenen Parteimittingung in Berlin auf, hielt eine kurze Rede und verhielt sich wieder ruhig. Ein Einzelnen der Behörden oder ihre Veranlichung wurde dadurch verstimmt, daß die Zeiten des Parteimittingungsausschusses verstimmt wurden und er nicht wieder gekannt werden durfte, als Emonts wieder verstimmt war. Das Mandat wurde ganz offenbar im Einverständnis mit der Parteimittingung ausgeführt, was zur Verhaftung des Leiters der Parteimittingung, des Parteimittingung führte, der aber bald wieder entlassen wurde.

Es verhält sich am Ende, daß die kommunalistische und unabhängige Presse in den höchsten Kreisen fittigere Enttäuschung aus diese Verhaftung begleitet und einen Schmähartikel nach dem andern auf die Regierung ausstülpt. Lieber das mehr als eigentümliche Vorgehen aller mit Emonts Verbundenen sagt sie natürlich sein Gebührendes. So etwas ist für nur ein Urteilswert, wenn einem Staatsminister wie Vogel z. B. ein ähnlicher Streich gelingt.

Das neueste im Fall Emonts ist nun ein Brief, den Emonts Privat in der Post. Ihn veröffentlicht. Die Dame leit darin mit, daß sie vor einem englischen Kriegsgericht gefangen und auf Beteiligung an einer Verhörmung zweis Muteurei und Aufbruch unter den alliierten Truppen angefaßt war, aber freigesprochen worden ist. Gerade das, so ist der Name der Dame, entnimmt nun aus verschiedenen Umständen die Gründe dafür, daß deutsche Behörden dem englischen Kriegsgericht das Anlagematerial geliefert hätten, gegen sie sowohl wie gegen Emonts. Die Annahme ist natürlich eine rein willkürliche und selbst nach dem Verstehe völlig unbewiesen. Trotzdem wird sie wieder als eine Schandtat der Regierung durch die unabhängige und kommunalistische Presse gefeiert. Wenn es in unserer Zeit noch nicht geschähe, ist es in den nächsten Tagen sicher zu erwarten.

Die Berliner Staatsanwaltschaft macht darauf aufmerksam, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe unrichtig sind. Sie hat keinerlei Material an die englischen Besatzungsgerichte geliefert.

Reichsregierung und Spindel.

Die Freiheit, Nr. 314 vom 6. Juli, brachte unter der obigen Spindel und in großer Aufmachung Entstellungen über angebliche von der Reichsregierung eingerichtete Spindelbureaus. Die Tat und der Massenkomplex drücken sie mit Wehen an. Die Reichsregierung ist in den veröffentlichten Schriftstücken allerdings gar nicht die Rede, und nirgends wird der Beweis angetreten, geschweige denn erbracht, daß die Reichsregierung mit der Sache etwas zu tun habe. Als einzige amtliche Stelle wird genannt die jetzt aufgelöste Garde-Kavallerie-Schützenbrigade, von der wir annehmen, daß sie auch hier einmal wieder - unterstützt durch private Mittel - auf eigene Faust gehandelt hat, eine Handlungsweise, die ihr allerdings unfernsam werden müßte. Im übrigen werden Briefe abgedruckt eines Detektivbüros Ostas Krensch, der mit verschiedenen anderen Stellen in Verbindung steht. Aus den Briefen erfährt man im Grunde nicht mehr, als daß Herr Krensch mit seinen Helfern sozialistische Verarmungen, Druckerinnen usw. überwacht und darüber Meldungen gibt. Wie natürlich, sind es meist keine fauberen Elemente, die sich zu solcher Tätigkeit hergeben. Daß von solchen Leuten Gebot werden, gleiches ist aus den Angaben der Freiheit nicht einmal mit Sicherheit herzugeben, da sie nur Ausgabeposten veröffentlicht, ohne im geringsten anzudeuten, wofür die Ausgaben gemacht sind.

Das eigentlich Sensationelle sind unbewiesene Behauptungen der Freiheit, die in den von ihr veröffentlichten Dokumenten keinen Beweis finden. Es wird wieder die Effizienz eines Widerstands zentralis behauptet, die angebliche Fluchtverweise von Gefangenen mit nachfolgender Erschießung bewiesen soll. Aus dem veröffentlichten Material der Freiheit geht aber auch nicht der kleinste Beweis für diese Behauptung hervor.

Wie wenig die „sensationalen Entstellungen“ der Freiheit das Schuttmonto der Regierung zu belasten geeignet sind, geht deutlich aus einer Zuschrift hervor, die der Vormarsch veröffentlicht. Diese Zuschrift „von berufener Seite“ stellt fest, daß die Behauptung der Freiheit über angebliche Spindelbureaus in der Regierung nichts anderes sind als leuchtendste und niederträchtigste Verleumdungen. Tatsache ist, daß es sich bei dem Detektivbüro Hahndorf in Hamburg um ein rein privates Unternehmen, das von privaten Mitteln unterhalten wurde, gehandelt hat. Während der Unterdrückung des Ende April dieses Jahres in Hamburg überzunehmenden Verbrechenunternehmens beruchte der Leiter des Bureau Hahndorf bei dem in Vertretung des Reichswehrministeriums Platte in Hamburg amtierenden Herrn Beamten und Verwendung zu erlangen. Als dieser damals Einverständnis in das Treiben der Agenten des Bureau Hahndorf erlangte, hat er diese gewünschte amtliche Interaktion nicht nur verweigert, sondern dafür gejorgt, daß dem Bureau jede weitere Betätigungsmöglichkeit in Hamburg unterbunden wurde. Ebenso hat das Reichswehrministerium in dem Augenblick, als ihm bekannt wurde, daß Hahndorf durch Reichswehrministerium befördert werden sollte, durch Veranlichung des Zivilkommissars Seebing und des 7. A. A. veranlaßt, daß ihm auch dort der Boden für seine der Regierung höchst unerwünschte Tätigkeit entzogen wurde.

Im Anschluß hieran stellt der Vormarsch drei Fragen, um deren Beantwortung er die Freiheit erfaßt. Es heißt: 1. Wer die Freiheit hat das Recht zur moralischen Entscheidung nur unter drei Voraussetzungen:

- 1. daß sie mit voller Offenheit erklärt: Es existieren in Deutschland keine geheimen Verbindungen und Zusammenkünfte, die in benevolenten Erhebungen, bewaffnete Rüstung und ähnliche vorbereitend werden, wenn auch nicht im Namen einer bestimmten Partei;
- 2. wenn sie offen erklärt: Von Parzialität und von unabhängiger Seite werden keine Schritte in Herangehen, Truppenbewegungen, Entschlüsse, die von dort ihre Partei mit Anhängern versehen;
- 3. ist die Freiheit bereit, zu erklären, daß für die Informationen, die sie aus dem Eben-Edel bezog, dem Ueberbringer nichts gesahit worden ist.

Wieder hat die Freiheit diese Fragen nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet.

National-Verammlung.

Fortsetzung der Verfassungsberatung bei § 113. Der sozialdemokratische Antrag Bauer verlangt: Die Todesstrafe ist abzuschaffen. Mit der Verkündung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen unabhängigen Antrag zum Artikel 115 des deutschen Grundgesetzes.

Abg. Singheim (Soz.): Es ist die Aufgabe des Staates, die Abhängigkeit des Menschen allmählich zu beseitigen. Die Regierungskommission Dr. Preuß: Ich bitte, die Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen, darüber wird bei der unbedingten Notwendigkeit des Staatsrechts entschieden werden müssen.

Abg. Dählinger (Deutschf.): und Dr. Kahl (D. V. P.) sprechen dagegen.

Abg. Cohn (L. S.): Was wir beantragen, ist ein Teil der Forderung, die das Volk sich anerkennen muß, ist eine andere Verfassung des menschlichen Lebens.

Abg. Hoffmann (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch mehr zu belasten, diesen zu allen neuen Anträgen ablehnen. Die Frage ist eine Kulturfrage und gehört nicht in die Verfassung.

Abg. Dr. Köstlich (Deutschf.): Gerade die jetzige Zeit der Revolution ist der ungeeignete Zeitpunkt, die Todesstrafe abzuschaffen. (Anrufe bei den L. S.)

Damit schließt die Vernehmung des sozialdemokratischen Antrages. Die Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in neunundfünfzig Stimmen bei zwei Stimmenmehrheiten mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Art. 117pricht das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Nichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schand- und Schmutzlitteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Bestimmungen zulässig.

Ein Antrag Ruffke und Gen. (Dem.) will die Möglichkeit einer Mitsprache beider Parteien, daß er nur gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schand- und Schmutzlitteratur, Schrift und Bild sowie in öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Nichtspielen zulassen will.

Ein Antrag Agnes und Gen. (L. S.) will gleichfalls die Möglichkeit einer Mitsprache aufgegeben wissen und im übrigen positiv bestimmen, daß öffentliche Schaustellungen und Darbietungen, insbesondere Nichtspiele, für die Jugend durch Gesetz ausschließlich gemeinnützigen Vereinen, für den kleinen Körperlichen und Geistigen vorbehalten werden können.

Abg. Oerzkyren (Deutschf.): Der Menschheit ganzer Jammer paßt einem an, wenn man bedenkt, was den deutschen Volk durch die Hinrichtung für seine Verbrechen geschehen ist.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Abg. Cohn (L. S.) und dem Präsidenten Ehrenbach, in dessen Verlaufe der Abg. Cohn erklärte: Mamentlich in der letzten Zeit hat es der Präsident ungenügend an Objektivität fehlen lassen. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident Ehrenbach: Zu dieser Verwahrung haben Sie nicht den geringsten Anlaß. (Leb. Weisfall in einem großen Teile des Hauses. Zuruf der L. S.: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen.)

Abg. Gausmann (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen ist an sich vernünftig, aber in die Verfassung gehört er nicht. Die parlamentarische Weidung der Unabhängigen bedeutet einen Schaden für das ganze Gesetzgebungsverfahren. (Leb. Weisfall, lärmender Widerspruch bei den L. S.)

Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Cohn über das Weisfallen eines Korruptionsfonds des Reichspräsidenten zur Unterstützung der Hindenburgfrage.

Art. 117 wird unter Abänderung aller Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Während der Abstimmung tritt plötzlich ein Bedrücker des dritten Kanges an die Beratung und wirft ein großes Paket Flugblätter und graue Karten in den Saal. Es entsteht große Unruhe. Auf den Flugblättern steht: Dadaffen gegen Weimar, auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberpräsidenten angekündigt.

Weder den zweiten Abschnitt der Grundrechte, der das Gemeinwohl befaßt, vertritt Abg. Dr. Wehler (Str.).

Art. 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die Befugnis, Vererbung und soziale Förderung der Familien als Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinden. Innererliche Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge. Nach Art. 119 ist die Erziehung des Nachwuchses Pflicht und Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Dazu liegen verschiedene demokratische, sozialdemokratische und unabhängige Vorschläge vor, die sich vor allem mit der Erziehung der unehelichen Kinder befassen. Außerdem liegt eine Entschärfung des Art. 119 vor, die die Vererbung möglichen Geburten vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt.

Nach der Vernehmung der Anträge verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr: Verfassung.

Ablösungsbestrebungen in Birkenfeld.

Aus Weimar wird berichtet, daß heute im früheren Rühlentum Birkenfeld ein sogenanntes Wirtschaftsamt über die Ablösung von Oldenburg verhandelt werden soll. Es soll ausweihen ein Ankauf als Sarggebiet erfolgen. Die Bestrebungen beruhen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung legt dar, zusammen mit der Oldenburgischen Regierung, schärfte Vernehmung hiergegen ein. Sie wird jeden zur Weisung stehen, der sich, aus welchem Grunde immer, an den Ablösungsbestrebungen beteiligt oder sie fördert. Der Genosse Jung ist als Abgeordneter Birkenfelds telegraphisch nach Weimar berufen.

Aus dem Nationalrat der französischen Sozialdemokraten.

Der Nationalrat ist geschlossen. Er sprach sich noch für eine Annahme und Aufhebung des Belagerungszustandes aus. Senat beschloß in der Sitzung vom 2. d. d. die Beratung des Beschlusses des Nationalrates, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, und sagt, es gebe im Friedensvertrag ausgezeichnete Verprechungen, die aber die widerwärtigen Tatsachen nicht gut machen könnten. Innerhalb von Jahren müßte dieser folgende, provisorische Frieden seine natürlichen und moralischen Kräfte tragen. Die sozialistische Partei Frankreichs lehnte mit Absichten den brutalen Friedensvertrag ab, der einen großen und unauflösbaren moralischen Friedebruch zutage, bringt, er es aufrecht der Gemeinschaft abstrakter Völker stelle und es allen inmitten bewaffneter Völker entzweie. Populaire verlangt, daß anlässlich der Verkündung über den Friedensvertrag in der Kammer die französische Politik der letzten 25 Jahre reiflich bloßgelegt werde, sowie daß Artikel darüber verhandelt werden, welche Verprechungen die französischen Regierungen einem Alexander III. oder einem Nikolaus II. gegeben hätten.

Der Verwaltungsrat der Gewerkschaften C. G. T. erklärt einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Städte und des Landes, in dem er sie nachdrücklich auffordert, laut Beschlusse des Nationalrates vom 21. Mai am 21. Juli in einen 24-stündigen Generalstreik einzutreten. Es sei eine Bewegung, die mit den Arbeiterpartei Frankreichs und Englands untersteht. Die Sonntagdemonstrationen in Paris haben zu mehreren Zusammenstößen zwischen der für die Arbeiterbewegung demonstrierenden und der Sicherheitskräfte geführt. Es wurden mehr als 60 Personen verhaftet.

Der Verwaltungsrat der Gewerkschaften C. G. T. erklärt einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Städte und des Landes, in dem er sie nachdrücklich auffordert, laut Beschlusse des Nationalrates vom 21. Mai am 21. Juli in einen 24-stündigen Generalstreik einzutreten. Es sei eine Bewegung, die mit den Arbeiterpartei Frankreichs und Englands untersteht. Die Sonntagdemonstrationen in Paris haben zu mehreren Zusammenstößen zwischen der für die Arbeiterbewegung demonstrierenden und der Sicherheitskräfte geführt. Es wurden mehr als 60 Personen verhaftet.

Die Sonntagdemonstrationen in Paris haben zu mehreren Zusammenstößen zwischen der für die Arbeiterbewegung demonstrierenden und der Sicherheitskräfte geführt. Es wurden mehr als 60 Personen verhaftet.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Voraussichtlich am Sonnabend oder Sonntag werden die Reichswehrtruppen aus Hamburg zurückgenommen. Die Truppen werden zum Teil nach Weisbaden und Wandsbeck, zum anderen Teil nach Altona verlegt. Zum Schutze Hamburgs bleibt eine aus 6000 Mann bestehende Sicherheitskommission zurück. Die Hamburger Bürgerwehr wählt den Reichsausschuss für die Aufhebung der Besatzungstruppen gegen die Stimmen der Bürgerlichen, die weisse Partei abgeben. Das Münchener Stangengericht hat Ernst Toller des vollendeten Verbrechens des Dooderschlachts für schuldig befunden und ihn zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. — In der gestrigen Vollversammlung der Reichswehrtruppen ist bekannt, daß General Kämpfe im nächsten Jahre, daß er die anlässlich des Streiks zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilten 151 Inhaftierten begnadigt hat. — Die Reichswehrtruppen aus England beginnt am 18. Juli. In den ersten 14 Tagen werden 52000 deutsche Gefangene befreit. — Die Times melden: Der internationalistische Vorrat auf Kubahai hat begonnen. Die internationalistische und einmütige sind auf 12 Kilometer der Hauptinsel nahegekommen. — Der Senat des Reichsausschusses hat den Entwurf des Friedensvertrages am 14. Juni. Es ist ein Antrag eingegangen, der im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages die Einziehung einer Senatskommission zur Ermittlung der Schuldfrage am Kriege verlangt.

Die Times melden: Der internationalistische Vorrat auf Kubahai hat begonnen. Die internationalistische und einmütige sind auf 12 Kilometer der Hauptinsel nahegekommen. — Der Senat des Reichsausschusses hat den Entwurf des Friedensvertrages am 14. Juni. Es ist ein Antrag eingegangen, der im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages die Einziehung einer Senatskommission zur Ermittlung der Schuldfrage am Kriege verlangt.

Aus Stadt und Land.

Oldenburg, 17. Juli.

Gewerkschaftsverammlung. Das Gewerkschaftsstatut hatte zu gestern Abend eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen. Genosse Wehler hat die Gewerkschaftsversammlung, er betonte dabei, daß die Gewerkschaften unbedingt notwendig seien, um die Sozialisierung durchzuführen. Die Förderung der Vertrauensleute in den Betrieben und Arbeitervereinen sei so, wie die Gewerkschaften überhaupt. Er befeuerte die Kritik der Opposition, daß viele nur geschimpft und auf die Generalversammlung heruntergesehen wäre, oder kein einziger hätte Vorarbeiten zum Festen gemacht. Die Haltung der Generalversammlung sei auch mit übermäßigem Material ausgefallen. Der Bericht wurde mit großem Beifall entgegengenommen. An der Diskussion sprach zunächst Arbeitersekretär, Genosse Kaper. Er behauptete, daß sich die Arbeiterkraft nicht einig sei. Durch die wilden Streiks würden die Gewerkschaften der letzten Zeit, nur der breiten Masse vor der Sozialisierung gründen, zu machen. Die Arbeiterkraft sei in sehr einflussreicher Weise und forderte mehr Aufmerksamkeit, denn durch wäre der Sozialismus zu erreichen. Es gibt uns nichts, sich gegenseitig die Hände zu waschen, denn dabei würde die praktische Arbeit vermissen. Von der kommunistischen Partei sprach Müller. Er beurteilte alles, was die Gewerkschaften bisher getan haben. Er erklärte, daß kein kommunistischer Programm die Gewerkschaften überleben, nur die Arbeiterkräfte den Arbeitern das bringen, was sie wünschen. Er sprach dann in demselben Sinne wie sein Vordereher. Einen klaren Standpunkt konnte man bei ihm nicht feststellen. Genosse Wehler fertigte in seinem Schlusswort die Opposition ab. Eine Diskussion, die sich gegen die Gewerkschaftsführer richtete, wurde von dem Redner nicht angenommen. Somit endete die fünf-stündige Versammlung.

Mittlingen, 17. Juli.

Entwundene Gestirne. Aus dem Armenhause ist gestern Abend eine gestirnte Frau entwichen. Sie ist ungefähr 35 Jahre alt, trägt einen schwarzen Rock, schwarzes Kleid und eine weisse Bluse. Mitteilungen über den Verbleib werden an das Armenhaus erbeten.

Wetterverhältnisse. Fortdauer der veränderlichen Witterung. Windrichtung stark wechselnd, wolfig, stellenweise Regen.

Sande. Gemeinderatsbericht. In der am 16. d. M. stattgefundenen Sitzung des Gemeinderats fand die Zurückzahlung der von der Werft an die Gemeinde zum Teil geschuldeten Wertungsschulden nochmals zur Beratung. Beschlissen wurde, den Betrag (10266 M.) in drei Raten zu zahlen. Ein Antrag des Gegenstandes Sachverhalt auf Übernahme des Gemeindefonds (6. Schlachdenweg) als Gemeindefonds wurde abgelehnt. Den Fortschrittsführer wurden auf seinen Antrag für jede Anwesenheit 5 M. bezahlt. Am 8. d. M. Familien, deren Ernter in Kriege gefallen oder noch in Gefangenschaft ist, zu ermöglichen, auch die teuren Lebensmittel zu kaufen, beschloß der Gemeinderat auf einen Antrag der Lebensmittelverteilungskommission, daß die Lebensmittel für die Verteilung kommenden Auslandskriegs an Hälfte des jeweiligen festgesetzten Preises bezogen werden, die andere Hälfte übernimmt die Gemeinde. Weiter ist noch immer hier am Orte herrschende Wohnungsnot wurde schärfst betont und wurde hierbei schärfst betont, daß in letzter Zeit trotzdem noch Einiges an Wohnraum vorhanden ist, von auswärtigen Leuten bezogen sind. Die Hausbesitzer müssen sich aber nicht an die geltenden Bestimmungen, wonach jeder Vermieter verpflichtet ist, seine leerstehenden Wohnungen beim Gemeindevorsteher anzuzeigen. Beschlissen wurde, in einem Schreiben an die Werft und die Heimkehrer Zeitung die Vermieter und Mieter auf die amtliche

Bekanntmachung vom 17. d. M. hinzuzusetzen, wonach jeder Bewerber nicht nur mit Genehmigung des Wohnungswirtschafters, sondern auch mit Genehmigung der Wohnungswirtschaft, widdergelassen die Herabsetzung im Hinblick auf die Verhältnisse der Wohnungswirtschaft beschließen, bei der abendbüchigen Staatsregierung zu beantragen, den Zugang für Sande solange zu sperren, wie die Wohnungsnot besteht. Alsdann wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, sich mit der abendbüchigen Demokratischen Partei in Verbindung zu setzen, um bei der nächsten Verhandlung von Sonnabend an erster Stelle kleinere Räume zu beschließen.

X. Nordens. Aus der Sitzung des Stadtrats. Punkt 1: Wahl von 15 Amtsratsmitgliedern. Vorgefugten werden von den L. S.: Lorenzen, Eisner, Breutigam, Garmis, Weislich und Lahmann, als Ersatzleute: Schulze, Witter, Endlich, Döhl, Schlöcher, Ahnen und Weigel; von den Bürgerlichen: Pöhl, Hummich, von Allen, Westmann und Wolf, Grünleute: Gansing, Dreiling, Weislich, Weislich und Weislich; von den L. S.: Franz, Rübner, als Ersatzleute: Schöten und Künemann. Die vorgeschlagenen Personen wurden als Amtsratsmitglieder bzw. Ersatzmänner gewählt. — Punkt 2: Befugnis der Beschäftigten. Von bürgerlicher Seite wurde Vertagung beantragt, da Zweifel beständen, ob das erhobene Schulgeld in diesem Jahre erhoben werden könnte. Der Antrag wurde abgelehnt. Von der Kommission wurden folgende Höhe vorgeschlagen: Bei einem Einkommen unter 1500 M., Einkommen von 1500 bis 2100 M., aus schließlich 85 M., Einkommen von 2100 bis 3000 M., 95 M., Einkommen von 3000 bis 4200 M., 110 M., Einkommen von 4200 bis 5100 M., 125 M., Einkommen von 5100 bis 6000 M., 140 M., Einkommen von 6000 bis 7200 M., 160 M., Einkommen von 7200 bis 8000 M., 185 M., Einkommen von 8000 bis 9200 M., 215 M., Einkommen über 9200 M., 250 M., für auswärtige Schüler 75 M. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das erhobene Schulgeld vom 1. Mai d. J. ab zu setzen. — Punkt 3: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Desgleichen zu Punkt 4: Zahlung der katholischen Volksschule, 2. Zahlung. — Punkt 5: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 6: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 7: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 8: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 9: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 10: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 11: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 12: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 13: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 14: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 15: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 16: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 17: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 18: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 19: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 20: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 21: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 22: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 23: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 24: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 25: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 26: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 27: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 28: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 29: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 30: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 31: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 32: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 33: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 34: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 35: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 36: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 37: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 38: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 39: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 40: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 41: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 42: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 43: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 44: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 45: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 46: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 47: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 48: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 49: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 50: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 51: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 52: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 53: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 54: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 55: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 56: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 57: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 58: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 59: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 60: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 61: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 62: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 63: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 64: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 65: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 66: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 67: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 68: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 69: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 70: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 71: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 72: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 73: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 74: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 75: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 76: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 77: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 78: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 79: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 80: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 81: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 82: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 83: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 84: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 85: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 86: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 87: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 88: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 89: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 90: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 91: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 92: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 93: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 94: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 95: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 96: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 97: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 98: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 99: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 100: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 101: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 102: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 103: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 104: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 105: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 106: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 107: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 108: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 109: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 110: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 111: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 112: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 113: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 114: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 115: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 116: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 117: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 118: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 119: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 120: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 121: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 122: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 123: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 124: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 125: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 126: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 127: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 128: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 129: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 130: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 131: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 132: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 133: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 134: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 135: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 136: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 137: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 138: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 139: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 140: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 141: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 142: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 143: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 144: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 145: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 146: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 147: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 148: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 149: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 150: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 151: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 152: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 153: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 154: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 155: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 156: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 157: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 158: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 159: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 160: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 161: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 162: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 163: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 164: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 165: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 166: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 167: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 168: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 169: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 170: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 171: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 172: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 173: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 174: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 175: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 176: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 177: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 178: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 179: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 180: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 181: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 182: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 183: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 184: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 185: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 186: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 187: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 188: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 189: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 190: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 191: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 192: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 193: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 194: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 195: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 196: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 197: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 198: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 199: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 200: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 201: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 202: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 203: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 204: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 205: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 206: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 207: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 208: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 209: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 210: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 211: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 212: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 213: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 214: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 215: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 216: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 217: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 218: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 219: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 220: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 221: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 222: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 223: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 224: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 225: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 226: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 227: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 228: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 229: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 230: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 231: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 232: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 233: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 234: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 235: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 236: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 237: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 238: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 239: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 240: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 241: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 242: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 243: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 244: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 245: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 246: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 247: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 248: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 249: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 250: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 251: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 252: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 253: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 254: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 255: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 256: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 257: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 258: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 259: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 260: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 261: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 262: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 263: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 264: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 265: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 266: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 267: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 268: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 269: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 270: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 271: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 272: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 273: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 274: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 275: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 276: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 277: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 278: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 279: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 280: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 281: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 282: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 283: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 284: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 285: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 286: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 287: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 288: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 289: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 290: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 291: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 292: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 293: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 294: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 295: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 296: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 297: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 298: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 299: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 300: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 301: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 302: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 303: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 304: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 305: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 306: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 307: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 308: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 309: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 310: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 311: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 312: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 313: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 314: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 315: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 316: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 317: Befugnis der Beschäftigten. Der Stadtrat stimmte zu. — Punkt 31

Wieder eingetroffen!

ein größerer Posten lederner Damen-Stiefel . . Grösse 36—42 Damen-Halbschuhe Grösse 36—42 Kinder-Stiefel . . Grösse 27—39

BARTSCH & von der BRELIE.

Dangastermoor.

Sozialdemokrat. Wahlverein

Am Sonntag, den 19. Juli 1919:

Versammlung

bei Kracke.

Sie bitten alle Genossinnen und Genossen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Burg-Theater

Vorführung der internationalen Ringkampfs-Konkurrenz unter Leitung des Herrn Dr. v. d. Geyden.

Deute Donnerstag ringen:

Entscheidungskampf

D. Winger, gegen Wetmann, Hamburg, Bremen, D. Junghans, gegen Donatas, Hannover, Süd-Amerika, Bremen, gegen Schmidt, Sietemart, Westfalen, Stedmann, gegen Chernaack, Angeln, Oldenburg, gegen Wilhelmshaven.

Der Entscheidungskampf Winger-Wetmann wird zuerst ausgetragen. Vor den Ringkämpfen:

Neuer Spezialitäten-Spielplan

Reine Wada, Verwandlungs-Tänzerin. Kriem und Moor, bayr. Gebirgsjägerin. 3 Schwaben Quart, Zuermerinnen. Carl Korban, Original-Humorist. Wo-Do!!!?

Anfang 8 Uhr. Beginn der Ringkämpfe 9.15 Uhr. Vorverkauf vorm. v. 11—1 u. nachm. v. 6 Uhr an. Theaterstrasse Nr. 27.

Abteilung Nordseestation Abteilung

Am Sonntag, den 19. Juli:

Großer Preis-Stat.

Anfang 7.30 Uhr. Preisrichterliche Preisf. 5373) Stierzu ladet freundlich ein H. Tladen.

Konsum- und Spardverein

für Rüstingen und Umgegend eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftb.



Wir empfehlen:

- Dauer-Spindel . . . Flasche 0.30 Mk. Weißwein . . . Flasche 8.50 bis 15.00 Mk. Portwein, alter Duro . . . Flasche 22.50 Mk. Cherry Brandy . . . Flasche 27.00 Mk. feiner Spirituosen: 5341 Steinbäger, dänischer Aquavit . . . 1/1 Liter-Waschbottelchen Flasche Kräuter-Bittern 23.00 Mk. Uller Kantorowicz-Aquavit

Phiesewardener Hof

Phiesewardener bei Nordenham.

Jeden Sonntag:

Gemüthlicher Abend

Lorten - Pudding - Schokolade - Guter Bohnen-Kaffee.

Troßaufhebung der Blockade

als ob Hindernisse der beste, billigste u. zuverlässigste Fabrikant für Latex, Gummis- u. Dienstreifen. Man verlange Offerte vom Vertreter oder direkt von der Fabrik für elastische Fahrzeugbereifung Hermann Segeler, C. M. S., Barel i. Eidsb.

Gewerkschaftsartell Rüstingen-Wilhelmshaven.

Freitag den 18. Juli, abends 8 Uhr im Saale des Friedrichshofs, Peterstraße:

Oeffentliche Werftarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über den Gesehentwurf betreffend die Betriebsräte, 2. Diskussion. Werftarbeiter, Kollegen! Angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheint zahlreich in dieser Versammlung. Der Vorstand.

Rüstringer Sparkasse

Hauptstelle: Wilhelmshavener Strasse 5 Nebenstelle: Gökerrasse, Ecke Ulmenstrasse

Annahme von Spareinlagen in jeder Höhe Eröffnung von Scheck-Konten Strengste Verschwiegenheit in allen Geschäfts-Angelegenheiten 2156

Metropol-Theater

Dir.: H. Ohlery-Meis.

Vom 16. bis 31. Juli er.

Neuer

humoristisch - interessanter

Spiel-Plan!

Anfang 8 Uhr. 5364

Monopol

5368 Wilhelm Quinting :: Fernraf 500.

Morgen Freitag den 18. Juli:

Grosser Wiener Walzer- u. Operetten-Abend

Sonnabend den 19. Juli: Heiteres Konzert-Programm Es ladet höflichst ein Wilh. Quinting.

Kriegsstiefel

(Segeltuch mit fester Holzsohle) Größen 38 bis 42 jetzt Paar 5.00 Mk.

In erfragen in der Expedition der „Republik“.

Gewerkverein deutlicher Metallarbeiter (H. D.) Ortsgruppe Wilhelmshaven.

Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 Uhr, im „Jugendklub, Hof“ (C. Rath), Grenzstr. 5345

Interessanter Vortrag!

Erscheinen sämtliche Mitglieder mit ihren Damen ist Pflicht. Gäste können eingeführt werden. 5345 Der Vorstand.

Schützenverein Rüstingen e. V.

Dienstag, den 22. Juli 1919: Ausflug nach Barel (Deutsche Eiche). Abfahrt des Zuges nachmittags 1.45 Uhr vom Bahnhof Wilhelmshaven. Jeder Teilnehmer hat sich rechtzeitig eine Rückfahrkarte zu lösen. Der Vorstand.



Freiwillige Stadtwehr der Indefiniten.

Appell der Mitglieder

aus Marienfelde, Schaar, Neuende, Osterie Freitag abend 8 Uhr in Sömers Café zu Neuende. 5342

Verband akt. Unteroffiziere der Reichsmarine e. V.

Hauptgruppe Nordsee. Sämtliche Sammelgruppenführer und Vertretungsmänner werden zu einer 5342

Außerordentlichen Vorstandssitzung

am Freitag, den 19. Juli, nachmittags 2.45 Uhr, nach dem „Augustiner“, Schulstraße, Cafe Zumbachstraße 1, geladen. — Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Sammelgruppenvorstand.

Berein von Flanderns Küste

Am Sonntag, den 20. d. M.: Ausflug nach Cossens (Hof von Odenburg). Preisfriesen, Vogelsteden f. Damen, Kinderbefreiung. Freunde willkommen! Abfahrt des Dampfes um 10 Uhr von der Strandballe. Der Vorstand.

Norden.

Zu dem am Sonntag, den 27. Juli 1919, stattfindenden

X. Gewerkschaftsfest

veranstaltet vom Nordsee-Gewerkschaftsartell, ladet hierdurch sämtliche Gewerkschaften, Arbeiterparteivereine u. s. w., von nah und fern freundlich ein der Festauskunft.

Fodes-Anzeige. Am 10. d. M. starb in Augsburg nach achtzähliger schwerer Krankheit unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante 5335

Elisabeth Bischoff im Alter von 34 Jahren. Dies zeigen an die Die trauernden Hinterbliebenen in Augsburg, Mohlis 1. Th. und Rüstingen. Die Beerdigung hat in Augsburg bereits stattgefunden. 5335

Danksagung. Für die herzliche Teilnahme bei dem Verluste unserer lieben Entschlafenen sowie für die vielen Kränzen, Spenden und alle herzlichsten Dank. 5343 Familie Friedr. Janssen, Oldenburger Strasse.

Adler Täglich 3 alte Schachteln. Von Walter Kollo. Wilhelmshavener Bügel-Institut Königl. 88, Tel. 1479, erledigt alle Arbeiten an Damen- und Herrenarbeiten prompt u. sachgemäß

Freie Turnerstiftung Rüstingen. Am 19. Juli d. J.: Nachtausflug nach Bremerhaven. Abfahrt vom Breitenhof „Oben“ um 6.45 Uhr. — Auszug möglichst weit. Der Vorstand.

Regelklub Brüderstift Götters Sonntag, den 20. Juli, im Freizeithof: Großer Ball mit Tanzmusik und großen Unterhaltungen. Anfang 4 Uhr. — Ende? Es ladet freundlich ein Das Festkomitee, H. D. Jansen.

Sozial. Wahlverein Rüst.-Wilhelmsh. Am Sonntag, den 18. d. M. nach einer langjähr. Tätigkeit der Genossin D. Gronewald, Maler, im Alter von 60 Jahren nach einer plötzlichen Erkrankung am 15. Juli, nachmittags 11 Uhr von der Leichenhalle d. Beerdigungshaus 5350 Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juli, nachm. 2.45 Uhr, vom 3. Trauerhalle, Kirchstraße 46, statt und bittet um rege Beteiligung. Der Vorstand.

Nachruf. Unerwartet nach einer Arbeitskollektion Günther Bormers 5341 Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juli, nachmittags 11 Uhr von der Leichenhalle d. Beerdigungshaus 5350

Zodes-Anzeige. Am Dienstag, den 15. Juli nachm. nach 14täg. schwerer Krankheit unsere kleine, liebe Tochter und Schwester im Alter von 8 Monaten. In tiefer Trauer H. Garmus und Frau nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr im Beerdigungshaus in Oldenburg von der Leichenhalle dortselbst selbst aus statt. 5348

